

Dies ist die letzte Ausgabe der Zeitschrift *Internationale Politik und Gesellschaft*. Vorstand und Geschäftsführung der Friedrich-Ebert-Stiftung haben beschlossen, die Zeitschrift zum Jahresende 2011 einzustellen. Zur Begründung heißt es unter anderem: »Abzuwägen war (...) die veränderte Marktposition von Printmedien mit festem Erscheinungsrhythmus im Vergleich zu Fachartikeln, die aktuell und über internetbasierte Verteilungsformen an die Leser gelangen. Die beiden internationalen Abteilungen haben in den letzten Jahren ihren Publikationsauftritt erneuert und bieten einheitliche und qualitativ hochwertige Formate für unterschiedliche Informationsbedürfnisse an. In unseren Augen repräsentieren diese aktuellen Formate das Profil der Politikberatung besser und zeitgemäßer als eine gedruckte Vierteljahreszeitschrift.«

Gleichwohl endet damit eine lange Tradition, denn die IPG war 1994 aus ihrer 1960 begründeten Vorgängerzeitschrift *Vierteljahresberichte* hervorgegangen (siehe dazu die Rubrik EPILOG). In Vorbereitung befindet sich die Fortführung der IPG als Online-Debattenforum, über dessen Start wir Sie rechtzeitig informieren werden.

Diese Ausgabe der IPG beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den Umwälzungen in der arabischen Welt, vielfach »Arabischer Frühling« genannt. Zwar haben Volksaufstände und Massendemonstrationen die autoritären Herrscher Ben Ali (Tunesien) und Mubarak (Ägypten) vom Thron gefegt, hat eine bewaffnete Bewegung den libyschen Diktator Gaddafi entmachtet und kämpft eine breite Volksbewegung in Syrien zunehmend auch mit Waffen gegen das diktatorische Regime von Bashir al-Assad, doch noch zeichnen sich erst Konturen einer Neugestaltung der politischen Landschaft im Nahen Osten ab. Am ehesten könnte ein wirklicher demokratischer Wandel in Tunesien gelingen, dem Land, in dem im Dezember 2010 alles begann. Man könne bezüglich der Zukunft des Landes optimistisch sein, meint Ralf Melzer in einem Kommentar. Dennoch gebe es etliche Stolpersteine, wozu vor allem die schwierige wirtschaftliche Lage und die hohe Jugendarbeitslosigkeit gehören. Fazit:

»Scheitert Tunesien in seinem eigenen Prozess der politischen Erneuerung, wäre das Signal für den Rest der arabischen Welt katastrophal.«

Aber auch unter außen- und geopolitischen Gesichtspunkten ist offen, wie es im Nahen Osten weitergeht. Das Wunschbild einer demokratischen, offenen und prosperierenden Region kontrastiert mit der Furcht vor einem Sieg der Islamisten bei wirklich freien Wahlen. Das gilt vor allem für Israel aber auch für Europa, das bisher ganz gut gefahren ist mit den »stabilen« Verhältnissen unter den autokratischen Regimen, mit denen man viel über Sicherheit und Migration, aber wenig über Demokratie und Menschenrechte redete. Noch ist keine einheitliche Strategie der Europäer gegenüber den neuen Verhältnissen im Nahen Osten in Sicht, wie *Niels Annen* in seinem Kommentar anmerkt. Gerade Deutschland habe mit seinem blamablen Abstimmungsverhalten im UN-Sicherheitsrat bei der Libyen-Resolution diese Einheit verhindert, während Franzosen und Engländer rasch die Chance ergriffen, auf die Neugestaltung der Region Einfluss zu nehmen.

Für die Rolle Deutschlands in NATO und EU bedeute der Fall Libyen eine schwere Hypothek, konstatiert *Christos Katsioulis*. Die Enthaltung im Sicherheitsrat sei eine Abkehr vom Prinzip der Schutzverantwortung innerhalb der Vereinten Nationen und erhöhe den Unberechenbarkeitsfaktor der deutschen Außenpolitik in einem ihrer wichtigsten institutionellen Rahmen. Eine intensive Debatte über das Instrument der Intervention sei überdies notwendig, weil eine verantwortungsvolle deutsche Außen- und Sicherheitspolitik sich klarer und nachvollziehbarer positionieren müsse.

In einem weiteren Artikel beschäftigt sich *Jens Heibach* mit dem »Nationalen Dialog« als Instrument der Konfliktlösung und politischen Transformation am Beispiel des »Arabischen Frühlings«. Er warnt vor einer Überbewertung dieses Instrumentes, denn die Erfahrungen vor den gegenwärtigen Umwälzungen haben gezeigt, dass dies oftmals auf eine Pseudoliberalisierung hinauslief und die autoritären Eliten an Legitimität gewannen. Auf keinen Fall könne man die bisherigen Nationalen Dialoge mit den »Runden Tischen« im früheren Ostblock vergleichen, die zu tatsächlicher Demokratie führten.

Der »Arabische Frühling« hat die einzelnen Länder der Region in unterschiedlichem Ausmaß erfasst: In Bahrain und in Algerien wurden Demonstrationen blutig niedergeschlagen, in Syrien ist der Ausgang noch offen, in Jordanien und Marokko versuchen die regierenden Monarchen zum wiederholten Male, mit Reformversprechungen das Schlimmste zu

verhüten. Exemplarisch werden in dieser Ausgabe zwei Länder behandelt, die für diese unterschiedlichen Wege stehen: Jordanien und Syrien. Auch Jordanien wurde Anfang 2011 von der Protestwelle erfasst, die das politische System schwer erschütterte, wie *Achim Vogt* schreibt. Doch bisher gelang es dem König, die Bewegung mit Reformversprechen unter Kontrolle zu halten, wobei offen sei, ob die Monarchie tatsächlich einen substantiellen Reformprozess einleiten würde. Sollte dies nicht geschehen, dann laufe das Haschemitische Königreich Gefahr, in seinen Fundamenten erschüttert zu werden. Ganz anders die Situation in Syrien. Das Regime von Präsident Assad beruht ausschließlich auf *hard power*, wie *Carsten Wieland* es bezeichnet. Es handele sich um eine Clan-Herrschaft von Teilen der alawitischen Minderheit, deren Basis aber seit den zunehmend gewalttätigen Unruhen immer mehr schrumpft.

Mit einem anderen Thema, das jedoch auch für den Nahen Osten relevant ist, beschäftigen sich zwei weitere Artikel. Es geht um die Atomwaffenfrage, wobei *Ulrich Külm* eine vorläufige Bilanz des von Präsident Obama 2009 ausgerufenen Programms zur Realisierung einer nuklearwaffenfreien Welt zieht. Diese fällt zwiespältig aus: Aufgrund des Beharrungsvermögens nationaler (amerikanischer) und internationaler Akteure stehe die Rüstungskontrolle vor einer Periode des Stillstands. Aber auch das »zivilisierte« Europa tut sich schwer, wie *Ursula Jasper* und *Clara Portela* am Beispiel der englischen und französischen Nuklearwaffen deutlich machen. Beide Staaten sind nicht bereit, auf ihre Atomwaffen zu verzichten. Um glaubwürdig zu sein, müsse Europa jedoch beginnen, die Atomwaffenpolitik nicht nur von *rogue states* wie Iran und Nordkorea, sondern auch seiner eigenen Mitglieder kritisch zu hinterfragen und konkrete Maßnahmen einleiten.

In einem weiteren Artikel befasst sich *Defne Erzene-Bürgin* mit der Frage der Anpassung des türkischen Agrarsektors an den »*Acquis Communautaire*« der EU. Abgesehen davon, dass in der Türkei der Wille zur EU-Mitgliedschaft immer schwächer wird, hindere das mangelnde klare Bekenntnis der EU zum Beitritt des Landes die Bereitschaft zu weitgehenden Reformen. In einem Kommentar beschreibt *Dieter Reinhardt* die Problematik der oftmals auch als »Mitleidsindustrie« bezeichneten humanitären Hilfe, auch am aktuellen Beispiel der Hungerkatastrophe in Ostafrika. Der abschließende Epilog porträtiert die über 50-jährige Geschichte der Zeitschrift *Internationale Politik und Gesellschaft* und ihrer Vorgängerin *Vierteljahrsschriften*.